Handwritten signature and date stamp: 14 NOV. 2014

Herrn Bürgermeister
mit der Bitte um Weitergabe an die zuständigen politischen Gremien
nachrichtlich FB 2

Stellungnahme zum Stellenplan 2015, Beschlussvorlage Nr. 210/2014

Wie bereits in den vergangenen Jahren beginnt die Anlage zum Stellenplan 2015 unter 1. *Allgemeines* mit dem Hinweis auf die anhaltend angespannte Haushaltslage der Stadt Lüdenscheid. Daher sollen auch weiterhin Personalkosten eingespart werden. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass der Personalabbau den Haushalt zum großen Teil sanieren kann. Dabei hat die Realität diese Annahme bereits überholt. Die durch die Umsetzung der kw-Vermerke reduzierten Personalkosten werden nahezu vollständig durch die Schaffung neuer Planstellen aufgehoben. Lediglich ein Betrag von 38.847 € wird reduziert. Bereits schon im dritten Jahr des HSK hat sich in vielen Bereichen gezeigt, dass das anfallende Arbeitsvolumen nicht mehr adäquat von den vorhandenen Beschäftigten erledigt werden kann. Ohne Systematik wurden bereits verschiedenste Stellen abgebaut, die Aufgaben sind jedoch nicht entsprechend weggefallen und es wird häufig erwartet, dass die Arbeit weiterhin in der gewohnt hohen Qualität erledigt wird. Daher werden auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Plus-, Mehrarbeits- und Überstunden angehäuft, teilweise ohne Bezahlung und ohne Möglichkeit des Ausgleichs. Dies lässt bereits jetzt die Zunahme von stressbedingten psychischen Erkrankungen befürchten. Als wäre das noch nicht schlimm genug, kommen auf unsere Beschäftigten ständig weitere Aufgaben hinzu. Zu nennen wären hier beispielhaft die Inklusion, der Ausbau des offenen Ganztags, die KiBiz-Revision, die Durchführung der Denkfabrik, die Vorbereitung des Altstadtkonzepts oder die Zunahme der Flüchtlingszahlen.

Ganz besonders stechen neben einzelnen Beschäftigten die Fachdienste Rat und Bürgermeister (10), Finanzen, Steuern und Beteiligungen (20), Städtische Museen (45), Kulturhaus (46) und Fachdienst Stadtplanung und Verkehr (61) durch Mehrarbeit und Überstunden hervor. Dies sind vor allem Bereiche, wo bereits einige kw-Vermerke gegriffen haben oder Aufgabenzuwächse wie die Denkfabrik oder NKF die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits seit Jahren über Gebühr belasten. Der Arbeitgeber Stadt Lüdenscheid verletzt hier eklatant seine Fürsorgepflicht.

Im Museum sind bereits einige Stellen im Bereich Aufsicht abgebaut worden, was dazu führt, dass das Haus in Teilbereichen unbeaufsichtigt ist. Ein fundierter Dienstplan ist mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu erstellen. Die daraus resultierende Dauerbelastung führt bereits zu Langzeiterkrankungen, die von dem verbliebenen Personal nicht aufgefangen werden können.

Seit Jahren wird zusätzliches Personal aus dem Personalpool in der Elternbeitragsstelle des Jugendamtes eingesetzt, da ständige Änderungen der gesetzlichen Grundlagen umgesetzt werden müssen und zusätzliche Aufgaben, wie Berechnung des Essensgelds für den offenen Ganzttag übernommen wurden. Hier entsprechende Stellen für das sowieso

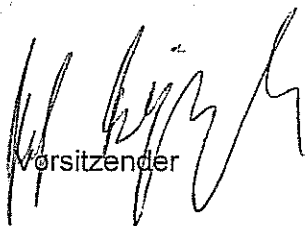
vorhandene Personal zu schaffen, wäre nur konsequent und würde dem Bereich die Möglichkeit einer vernünftigen Personalplanung ohne große Fluktuation eröffnen. Das immense Arbeitsvolumen ist trotzdem durch das vorhandene Personal nicht zu stemmen und führt zu entgangenen Einnahmen, da Überprüfungen nicht zeitnah erfolgen können.

Die Entscheidung, dass Hausmeister nur noch „gebäudenaher Aufgaben“ wahrnehmen dürfen, führt in den Kindertagesstätten ohne eigenen Hausmeister zur Zunahme berufsfremder Aufgaben für die Erzieher/innen. Sie werden mit der Bewältigung dieser Probleme allein gelassen. Im VHS-Gebäude führt dies dazu, dass das Haus abends unbeaufsichtigt ist.

Überhand nehmen auch die Versuche mancher Führungskräfte, die fehlenden regulären Arbeitskräfte mit dubiosen Konstrukten, wie Einsatz von Honorarkräften, Ehrenamtlichen oder auch Bundesfreiwilligendienste, teils ohne den Personalrat überhaupt zu informieren, zu ersetzen. Klassische öffentliche Aufgaben müssen jedoch auch von regulären Beschäftigten erledigt werden. Daher wird der Personalrat diesen Maßnahmen nicht zustimmen. Genauso wird bei Wegfall von Stellen versucht, die weiter zu erledigenden Aufgaben zu privatisieren. So sollen z. B. alle Sportplätze (außer Nattenberg) nach und nach nicht mehr von eigenen Platzwart/innen gereinigt und gepflegt werden, sondern gegen eine Entschädigung an Vereine vergeben werden. Ob von diesen die Toilettenanlagen und Plätze in gleicher Weise gewartet werden können, ist aus unserer Sicht fraglich. Substanzverlust an städtischen Einrichtungen ist somit vorprogrammiert.

Ganz ausdrücklich begrüßt der Personalrat die Neuschaffung von Planstellen, z. B. bei der Feuer- und Rettungswache, die Umwandlung einer Hauswartstelle zu einem dritten Hausinspektor im Rathaus, wie auch die Schaffung zweier halber Stellen im Fachdienst Jugendamt - Kindertageseinrichtungen zur Umsetzung der KiBiz-Anpassungen.

Nach wie vor kritisieren wir jedoch die insgesamt fehlende sachliche Auseinandersetzung in der Verwaltung und der Politik, was man sich als Stadt Lüdenscheid noch leisten kann und will und diese Leistungen mit einer adäquaten Personalausstattung erledigen zu lassen. Denn eins ist klar: Dasselbe, bzw. ein weiter zunehmendes Arbeitsvolumen ist mit weniger Personal nicht zu leisten.


Vorsitzender